

Im Delirium der Milliarden

Die aktuelle Schuldenkrise weckt Erinnerungen an die Hyperinflation von 1923. Seither fürchten die Deutschen um ihr Geld.

Es gibt eine Zahl, die besser als jede andere die brutale Dynamik der Hyperinflation von 1923 veranschaulicht. Diese Zahl lautet vier. Im Schnitt verdoppelten sich damals im Herbst fast alle vier Tage die Preise in Deutschland.

Groteske Preisschübe hat es zu anderen Zeiten auch in anderen Ländern gegeben, in Griechenland (1944) etwa, in China (1949) oder in Simbabwe (2008). Doch nirgendwo hinterließ eine Hyperinflation tiefere Narben als in Deutschland. Drei Generationen nach dem Kollaps der Mark ist die Angst so präsent wie selten zuvor.

Die globale Geldschwemme infolge der Finanzkrise hat leidvolle Erinnerungen an die große Inflation wachgerufen, die mit dem Kriegseintritt 1914 begann und 1923 im Chaos endete. Mit jeder Nachricht über den Milliardenbedarf von Krisenländern entflammt die Sorge um die Stabilität des Geldes aufs Neue. Laut einer Allensbach-Umfrage fürchten die Deutschen die Inflation sogar mehr noch als lebensbedrohliche Krankheiten wie Krebs.

Besorgte Bürger flüchten in Sachwerte, sie kaufen Gold- und Silberbarren, Häuser und Wohnungen – oder zumindest Bücher mit düsteren Titeln wie „Der Staatsbankrott kommt!“ Das Paradoxe an der Inflationsdebatte: Inflationär sind bislang nur die Mahnungen. Der Euro hat sich als stabiler erwiesen, als es die Mark je war. Eher schon fürchten sich Ökonomen davor, dass die Preise auf breiter Front fallen und die Volkswirtschaft erlahmt. Es sei Unsinn, heute Schreckensbilder von 1923 an die Wand zu malen, sagt der Wirtschaftshistoriker Hans-Joachim Voth: „Eine Wiederholung ist undenkbar.“ Die Deutschen litten unter einer Art „kollektiver Psychose“, diagnostiziert der Wissenschaftler, der in Barcelona lehrt.

Auch Bundesbank-Präsident Jens Weidmann betrachtet die Geldentwer-

fung der zwanziger Jahre ebenso wie die Währungsreform 1948, bei der Reichsmark-Ersparnisse im Verhältnis von 100 zu 6,50 in Mark umgetauscht wurden, als „historisch einzigartige Ereignisse“. Beide Begebenheiten seien vor allem eine Folge der Kriegsfinanzierung durch die Notenpresse gewesen. Und sie zeigten die Risiken auf, so Weidmann, „wenn eine Notenbank das Ziel der Geldwertsicherung der Solvenzsicherung des Staates unterordnet“.



Wertlose Banknoten 1923
„Historisch einzigartige Ereignisse“

Größere Bedeutung hat für den Bundesbank-Chef eine spätere Phase der Wirtschaftsgeschichte. „Für uns heute sind die Lehren der siebziger und frühen achtziger Jahre viel wichtiger, als es der unabhängigen Bundesbank besser als anderen Notenbanken gelungen war, die von den Ölpreisschocks ausgelöste Inflation in Schach zu halten.“ Warum also reagieren die Bürger dann noch immer so empfindlich, um nicht zu sagen: hysterisch, wenn es um 1923 geht?

Es mag vor allem daran liegen, dass damals die Mittelschicht am schlimmsten betroffen war: Angestellte, Beamte und Freiberufler, fleißige Sparer also, die völlig verarmt ins „Delirium der Milliarden“ abgedriftet waren, wie der spätere Außenminister Walter Rathenau den Ausnahmezustand umschrieb.

Noch heute kursieren in Familien erschütternde Berichte darüber, was einst den Großeltern und Urgroßeltern widerfahren ist. Ein Schicksal wie das des Berliner Schriftstellers Maximilian Bern beschreibt den Grad der Verzweiflung.

Bern hob 1923 seine Ersparnisse ab, mehr als 100 000 Mark. Aber was sind 100 000 Mark, wenn sich Ende Oktober 2,5 Trillionen Mark in Umlauf befanden. Jahre zuvor hätte Bern damit seinen Lebensabend finanzieren können, jetzt reichte die Summe für ein letztes U-Bahnticket. Bern fuhr nach Hause, verschloss die Tür und verhungerte.

Ärzte, Lehrer, Professoren: Sie alle hatten nicht nur ihren Besitz verloren, sondern auch das Vertrauen in den Staat. Viele waren 1914 begeistert in den Krieg gezogen, sie kauften Anleihen, in der Regel verzinst mit fünf Prozent. 98 Milliarden Mark nahm der Staat ein – keinen Pfennig zahlte er zurück.

Die Menschen fühlten sich betrogen, um den Sieg im Feld und um ihr Geld auf der Bank. Nur eine Generation später wiederholte sich diese bittere Erfahrung, als das „Dritte Reich“ unterging.

Dieser doppelte Vertrauensverlust prägte die bürgerliche Gesellschaft der Nachkriegszeit. Ihre Mitglieder sehnten sich nach Stabilität und Ordnung: Bloß keine Experimente, lautete das Motto, schon gar nicht mit ihrem Geld. Dieses Bedürfnis nach Sicherheit – anders gesagt: ihre Risikoscheu – ist bis heute beinahe sprichwörtlich.

Ein ausgeprägtes Sicherheitsdenken in Geldfragen bestimmt auch das Handeln der Unternehmerschaft. Insbesondere Firmen aus Schlüsselbranchen wie Maschinen- und Anlagenbau haben größtes Interesse an einer stabilen Währung, denn sie müssen langfristig kalkulieren können. Zwischen Auftrag und Auslieferung vergehen oft Jahre.

„Für unsere Art der Produktion brauchen wir geduldiges Kapital“, sagt der Bielefelder Wirtschaftshistoriker Werner Abelshäuser. Daher stecke bei deutschen Unternehmern die Inflationsangst „noch tief drin“. Südeuropäische Volkswirtschaften seien eher handelsorientiert, sie hätten kürzere Umschlagzeiten und seien daher weniger inflationssensibel.

Den wohl größten Einfluss aber hat die Erfahrung von 1923 auf die deutsche

Geldpolitik ausgeübt, auch wenn Bundesbank-Chef Weidmann dies heute relativiert. Schon die Bank deutscher Länder, die Vorläuferin der Bundesbank, setzte klare Prioritäten: Die Stabilität der Währung stand über allem; Konjunkturförderung oder die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit waren nachrangig. Diesen Kurs verfolgte der erste Bundesbank-Präsident Wilhelm Vocke geradezu obsessiv.

Vocke war 1919, erst 33 Jahre alt, Reichsbank-Direktor geworden. Mit Entsetzen beobachtete er, wie die Zentralbank-Führung 1923 ihre Energie auf den reibungslosen Betrieb der Druckerpressen konzentrierte; und wie die Ausgabenpolitik im „Dritten Reich“ „geradewegs zur Inflation“ führte. Darauf musste Vocke die Reichsbank verlassen. Beste Voraussetzungen also, um nach dem Krieg zum Geburtshelfer der neuen Währung zu werden.

Die Alliierten hatten 1948 verfügt, dass die Bank deutscher Länder „nicht den Anweisungen irgendwelcher politischer Körperschaften oder öffentlicher Stellen mit Ausnahme der Gerichte unterworfen“ sei. Damit konnte sich Bundeskanzler Konrad Adenauer nie abfinden. Beharrlich versuchte er, Druck auf Vocke auszuüben, im Mai 1956 zum Beispiel, als die Bundesbank die Zügel anzog, da die Konjunktur zu überhitzen drohte. Vocke, ähnlich selbstbewusst wie der Kanzler, blieb unbeeindruckt. „Auf diesem schwierigen Gebiet“ sei der Kanzler „ein völliger Laie“, spottete der Zentralbanker später: „Ich ließ ihn reden.“ Die Unabhängigkeit der Bundesbank förderte das Vertrauen in die Währung derart, dass ausgerechnet die inflationsverängstigten Deutschen zu einer Nation von Sparern wurden.

„Unabhängigkeit und das klare Mandat, für Preisstabilität zu sorgen, bleiben die Voraussetzungen für den Erfolg einer Notenbank“, sagt Jens Weidmann: „Das gilt auch und gerade für das Euro-System.“ Damit freilich gehört er im EZB-Rat einer Minderheit an, da die Zentralbank die Märkte mit billigem Geld regelrecht flutet, zur Not auch „unbegrenzt“, wie EZB-Präsident Mario Draghi versichert hat.

Das ist die Ironie der Geschichte: Einst haben Washington und Paris, die westlichen Kriegsalliierten, der Bundesbank völlige Unabhängigkeit und strikte Haushaltsdisziplin verordnet – jetzt brechen die Lehrmeister selbst die Prinzipien.

ALEXANDER JUNG



WOLFGANG RATTAY / DPA

Einheitsfeier am Brandenburger Tor in Berlin 2009

Misstrauen gegen sich selbst

sen eine wirkliche Aufklärung der Verbrechen ein. Wer sich die Lebensläufe von Leuten wie Kurt Franz, dem letzten Lagerkommandanten von Treblinka, ansieht, muss feststellen, dass man als Nazi-Schergen und Massenmörder noch bis Anfang der sechziger Jahre unbehelligt in Deutschland leben konnte.

Die Deutschen haben ihre Lektion gelernt. Dass man ihnen nie wieder eine Waffe in die Hand geben dürfe, ist eine Meinung, die sich die glücklich Entwaffneten über die Jahre ganz und gar zu eigen machen. Spätestens mit dem Aufkommen der Friedensbewegung ist der Pazifismus Staatsräson. Schon ein Rekrutengelöbnis im Fackelschein gibt Anlass zu Unmut.

Wenn sich die Deutschen etwas vornehmen, dann machen sie es gründlich. In einer merkwürdigen Rollenumkehr finden sie sich in die Rolle des geläuterten Straftäters ein, der die anderen belehrt, wie man auch ohne Waffen Frieden schaffen kann. Noch 1989 glauben nicht wenige, an der Teilung festhalten zu müssen, um die Geister der Vergangenheit in Schach zu halten. „Nie wieder Deutschland“ flattert im Westen gleichberechtigt neben der Ostlosung „Wir sind ein Volk“.

Das Misstrauen gegen sich selbst hat sich bis heute nicht ganz gelegt. In der Europadebatte ist der Verdacht, es könnte alles wieder ganz anders kommen, ein unterschwelliges, aber deutlich wahrnehmbares Motiv. Kaum ein Appell an die europäische Solidarität kommt ohne Verweis auf den Krieg und die sich aus ihm ergebende Friedenspflicht aus. Die Einbindung in Europa gilt als eine Art Selbstfesselung des deutschen Giganten, die den Nachbarn die Angst vor seiner Größe und Wirtschaftskraft nehmen soll.

Der britische Wirtschaftshistoriker Niall Ferguson hat darauf hingewiesen, dass die Leistungen Deutschlands im Zuge der europäischen Integration in etwa dem entsprechen, was dem Land mit dem Versailler Vertrag aufgebürdet

wurde. Berücksichtigt man nur die Nettobeiträge zum Budget der Europäischen Gemeinschaft, so zahlte Deutschland zwischen 1958 und 1992 mehr als 163 Milliarden D-Mark an den Rest Europas. Hinzu kamen 379,8 Milliarden an „Transferzahlungen ohne Gegenleistungen“, wie Ferguson ausgerechnet hat.

Die Lust der Deutschen, über Transferzahlungen zum Frieden in Europa beizutragen, ist im Zuge der Euro-Krise erkennbar gesunken. Aber wie stark die Erinnerung an die beiden Weltkriege nachwirkt, zeigt auch der Umstand, dass es eine eindeutig europakritische Partei bislang nicht in den Bundestag geschafft hat.

Morgenthau hielt bis zu seinem Tod 1967 an seiner Überzeugung fest, dass man die Deutschen nicht pazifizieren könne. „Sie sind zu jung, um beurteilen zu können, ob der Morgenthau-Plan ein Fehler war“, antwortete er seinem Biografen, als der ihn zum Eingeständnis bewegen wollte, er habe sich mit seinem Plan geirrt. „Ich wette, dass Sie, bevor Sie sterben, wieder gegen die Deutschen kämpfen müssen.“

Der ehemalige US-Finanzminister sah den Ersten Weltkrieg wie viele Historiker als Beginn – allerdings nicht zu einem dreißigjährigen, sondern zu einem hundertjährigen Krieg.

WEITER ZUM THEMA

Im nächsten Heft: Als Abschluss der Serie lesen Sie vom Streit der Historiker über die deutsche Schuld an den Weltkriegen.

In SPIEGEL GESCHICHTE: Eine vertiefende Lektüre zum Ersten Weltkrieg bietet das Heft „Der Erste Weltkrieg“ von SPIEGEL GESCHICHTE. Es ist für 7,80 Euro über spiegel.de erhältlich.

Im SPIEGEL E-Book: Alle sechs Teile der SPIEGEL-Serie erscheinen in Kürze auch als E-Book. „1914–1918. Die unheimliche Aktualität des Ersten Weltkriegs“ ist über amazon.de für 2,49 Euro erhältlich.